**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 5. Juni 2025 in Berlin**

Beschluss

TOP 1.7.2 Nationale Importstrategie für Wasserstoff und Wasserstoffderivate und deren Auswirkungen für Industrie und Mittelstand

1. Eine nationale Importstrategie für Wasserstoff und Wasserstoffderivate ist erforderlich, um eine bundesweite Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken. Aus Sicht der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder ist es wichtig, dass die neue Bundesregierung sich kurzfristig des Themas annimmt und die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen anstößt, damit die Länder ihre Aktivitäten entsprechend darauf abstimmen können. Bei der Fortschreibung der Strategie sind die Länder frühzeitig einzubeziehen.
2. Um einen Import von Wasserstoff und seinen Derivaten zu ermöglichen, muss neben dem Ausbau entsprechender, auch grenzüberschreitender Transportinfrastrukturen ebenfalls der Aufbau der notwendigen Hafen- und Fernleitungsinfrastruktur vorangetrieben werden. Hierfür sind die einschlägigen Finanzierungsinstrumente anzugleichen. Zudem müssen die Potenziale der heimischen Wasserstoffspeicher gehoben werden. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die Bundesregierung daher auf, den Aufbau entsprechender Importinfrastrukturen durch konkrete Förderprogramme und Garantien schnellstmöglich zu unterstützen und die Länder rechtzeitig und adäquat zu beteiligen. Zudem sollten die Auktionsverfahren und Förderfenster von H2Global wie geplant durchgeführt und realisiert werden. In dem Kontext sollte auch die marktbildende Rolle sogenannter Midstream-Unternehmen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft wirtschaftlich und strukturell angemessen abgebildet werden.

3. Es bedarf frühzeitig bundesweit einheitlicher Regelungen und der Anpassung des Rechtsrahmens für die Lagerung, den Umschlag und den Transport von Wasserstoff und seinen Derivaten, um einen effektiven Markthochlauf zu gewährleisten sowie einen verlässlichen Import und die Verteilung sicherzustellen. Hierfür sind zentrale Standardisierungsprozesse nicht nur national, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene voranzutreiben. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die Bundesregierung daher auf, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und sich zugleich für klare EU-weite Rahmenbedingungen für die Lagerung, den Umschlag und den Transport von Wasserstoff und seinen Derivaten einzusetzen.
4. Für eine sichere Wasserstoffversorgung bedarf es neben einer Import- und Transportinfrastruktur auch einer heimischen Wasserstofferzeugung. Wasserstofferzeugung wollen wir sowohl über große systemdienliche Elektrolyseanlagen als auch verstärkt dezentral und flächendeckend ermöglichen.
5. Aus Sicht der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder muss Wasserstoffinfrastrukturvorhaben in der Breite ein überragendes öffentliches Interesse im rechtsregulatorischen Raum eingeräumt werden. Hiervon sollten nicht nur Rohrleitungen umfasst sein, sondern die gesamte benötigte Infrastruktur, um Übergänge innerhalb der Lieferkette zu ermöglichen. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fordern die Bundesregierung daher auf, das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz schnellstmöglich entsprechend auszugestalten und neu in den Bundestag einzubringen.
6. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bitten die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass nicht nur die gegenseitige internationale Anerkennung von Zertifizierungssystemen, sondern vor allem die Schaffung eines international einheitlichen und vertrauenswürdigen Zertifizierungssystems, zügig vorangetrieben wird.